

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jarger.

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich 14 Mal. — Preis: Bei der Post gebolt
vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten
2.52 Mk.

Anzeigenpreis:
Die einmalige Beilage oder deren Raum 25 Pfg. Reklame-
seite 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 243

Bielefeld-Bethel, Freitag, den 17. Oktober 1919.

Jahrgang 1.

Großen Frieden haben, die dein Gesetz lieben, und
werden nicht frauchen. Psalm 119, 165.

Jahresversammlung der Frauenhilfe der Provinz Westfalen.

Am 14. und 15. Oktober fand in Bielefeld die Jahres-
versammlung der Frauenhilfe der Provinz Westfalen statt.
Sie wurde am Dienstagabend um 6 Uhr mit einem Gottes-
dienst in der Alstädter Kirche eröffnet, in dem Herr
Generalsuperintendent D. Schöttler predigte. Am Abend
um 8 Uhr kamen die auswärtigen Mitglieder zu einem
zwanglosen Beisammensein im Hotel Vereinshaus zu-
sammen. Die Generalversammlung im Johanniskirche-
saal am Mittwoch vormittag um 10 Uhr wurde durch eine
erste Andacht von Konsistorialrat Kähler-Münster er-
öffnet. Darauf hielt Herr Gymnasialdirektor Dr. Kolbweg
einen gediegenden Vortrag über „Die Volkshochschul-
bewegung und die Frauenhilfe.“ Die Volkshochschule soll
eine Brücke werden, um die tiefe Kluft zwischen den aka-
demisch Gebildeten und den nur aus der Volksschule Her-
vorgegangenen zu überbrücken. Sie soll helfen, eine wirt-
schaftliche nationale Kultur zu schaffen, die wir bisher noch nicht
haben. Die Fichte im tiefsten Elend vor 100 Jahren nach
der Volksschule ausschaut, so schauen wir aus nach der
Volkshochschule, und wie Fichte auf Pestalozzi, so sehen wir
auf dessen nordisches Gegenbild Gounod. Volkshochschule
und Einheitsschule sind Schlagworte geworden, unter denen
sich die meisten nichts mehr denken. Der Organisations-
unfug droht auch die Volkshochschulbewegung zu ergreifen
und sie zu verderben. Die Volkshochschule ist keine Schule
für werdende Menschen, keine Fortbildungsschule, kein
Institut zur Sozialisierung der Wissenschaft. Sie will
weniger intellektuelle, als ethische Bildung übermitteln an
eine Jugend im Alter von 18—30 Jahren. In ihr soll man
Lebensanschauung gewinnen, ihre Glieder sollen lernen, sich
gebildet zu fühlen und mit Gebildeten umzugehen. Die
Schule heißt Volkshochschule, weil sie sich mit hohen
Dingen beschäftigt, und sie heißt Volkshochschule, weil sie
von Dingen redet, die das ganze Volk angehen. Volkshochschule
ist Stammeskultur. Darum muß diese Schule in erster
Linie Heimatschule sein. Die Volkshochschulen, von denen
heute aller Orten berichtet wird, vergißt der Referent im
Schlußwort mit einem Plakregen, der schnell vorübergeht
und bei dem man nur sorgen muß, daß er nicht allzu viel
Schaden anrichtet. Eine wirkliche Zukunft und eine tief-
gehende Bedeutung für die Volksbildung haben nach seiner
Meinung nur die nach nordischem Muster zu errichtenden
Schulen, von denen es eine in Schleswig-Holstein, in Wöhr-
den-Osterholz, und eine andere ev.-luth. in Hermannsburg
(Auch die in Bethel verspricht eine solche zu werden).
Er entwickelte die Lehrpläne dieser Schulen, von denen die
erste eine wirkliche Heimatschule ist. Unterrichtsfächer sind
Deutsch, Bürgerkunde, Heimatkunde, und in Hermannsburg
vor allem auch Religion, nicht schulmäßig betrieben, sondern
in Gestalt von Besprechungen. Auf die Erlernung des
freien Sprechens wird großer Wert gelegt. Die beiden er-
wähnten Schulen sind in erster Linie für den Bauernstand.
Referent wies auf manche Vorbildliche geschaffen. Der
Referent wies auf Bremen und die Fichte-Hochschule in Ham-
burg hin.

Für die Frauenhilfe sah er ein wichtiges Arbeitsfeld.
Sie hat schon einen wichtigen Anfang mit der Frauenschule
in Soest gemacht. Dieser Schule, deren hohe Bedeutung er
anerkannte, wünschte er nur noch einen mehr ausgesprochen
westfälischen Charakter. Vor allem verlangte er eine
genauere Kenntnis der heimatischen Wirtschaftsgeographie,
von der selbst akademisch Gebildete eine äußerst dürftige
Kenntnis besitzen.

D. Joellner wies noch auf die Landhefnerinnenkurse hin,
die auch schon wertvolle Erfolge erzielt hätten. Die
wichtigste Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß das Evan-
gelium nicht aus dem Volksleben ausgeschaltet wird. Es
droht sowohl von Seiten der „Bourgeois“, wie von Seiten der
Sozialdemokratie eine richtungslose Volkshochschule, in der
das Christentum totgeschwiegen oder angefeindet wird. Da-
gegen hilft nur eigene Arbeit. Was die Kirche jetzt nicht

selbst leistet, sich selbst erreicht, das ist ihr rettungslos ver-
loren. Sie muß etwas bedeuten und werbende Kraft be-
zeigen. Pastor Josten-Witten, der Vorsitzende von ewan-
gelischen Ausschuss zur Mitarbeit an der westfälischen Volks-
hochschule gab noch einmal einen gedrängten Überblick über
die bisher geleistete Arbeit und bestehende Pläne. Vor
allem erwähnte er zum Zusammenschluß und zur Angliederung
von Bezirks- und Ortsgruppen an den durch ihn ver-
tretenen Ausschuss. Nur so wäre es möglich, auf die be-
stehenden Volkshochschulen einen Druck auszuüben, daß sie
nicht an der christlichen Kirche und ihren Wünschen vor-
überginge. Ein Zusammengehen mit den katholischen Ver-
bänden, denen auch an der Geltendmachung christlicher Ge-
danken liegt, wurde dringend empfohlen.

Die Baltenwehr.

Ein gerechtes Urteil über diejenigen Söhne unseres
Volkes, die aus der Baltenwehr zum westrussischen Heere
übergetreten sind, ist nur dann möglich, wenn man die
ganze Furchtbarkeit der bolschewistischen Gefahr sich vor
Augen stellt.

Im Baltenland hat man die Furchtbarkeit vor Augen.
Vor Jahresfrist weilte ich in Dorpat im Hause des Univer-
sitätsprofessors D. Sahn — grausam erschossen haben ihn die
Bolschewisten; der Friede des Himmels glänzte auf seinem
Angezicht, als er zum Tode gebracht wurde. Ich weilte in
Riga: im Mai, als die deutschen Truppen dort vorrückten,
lütete man sieben Pfarrer, während andere in letzter Minute
gerettet wurden.

Und ich war in Mitau Gast des Diakonienhauses:
Diakonienhaus-Pfarrer und Oberin liegen irgendwo er-
schossen am Wege; wer weiß wo!

Mit wildester Grausamkeit wirken die Bolschewisten und
ihre chinesischen Schergen; Todesopfer fielen ihnen un-
erhört.

Dreimal sind die Truppen auf Riga vorgestürzt, um
die bedrohten Deutschbalten zu retten, der letzte Hauch von
Mann und Roß wurde daran gegeben, und wieviel gutes
deutsches Blut konnte erhalten werden. Das erste Mal hielt
der deutsche Kaiser seinen Einzug in Riga, das zweite Mal
waren es deutsche Truppen, die mit Zustimmung der En-
tente Riga vor dem roten Terror retteten, das dritte Mal
sind es „westrussische“ Truppen, die Riga einer brüchigen
und wortbrüchigen lettischen Regierung nehmen.

Sollen jetzt die Truppen wieder weichen, und die Bol-
schewisten vorrücken?

Das Deutsche Reich hat dort keine Kommandogewalt, es
kann nichts dafür und nichts dawider tun.

Bedenken wir aber wohl, es handelt sich um unser Ost-
preußen. Und es ist zweifellos besser gesichert, wenn die
Bolschewisten fern von seinen Grenzen Halt machen müssen,
als wenn sie ungehemmt bis an die deutsche Landesgrenze
gelangen können.

Es ist nun gewiß richtig, daß bei den dort weilenden,
zur westrussischen Truppe gestoßenen Deutschen noch ein
zweiter Grund obwaltet. Sie wollen siedeln. Feiertlich
mit der Unterschrift des gegenwärtigen Ministerpräsidenten
Ulmans, ist ihnen Siedlungsland zugesichert worden. Auch
die deutsche Regierung mußte noch vor kurzem zugestehen,
daß diese Deutschen sich betrogen fühlen könnten, als nun
auf einmal Ulmans sich Zusage nicht gelten läßt und —
die leitenden Männer unserer Regierung in dasselbe Horn
stoßen. Als Siedler, nicht als Soldaten sind die Deutschen
ausgezogen; sie wissen es, daß die deutsche Heimat auf die
Dauer weder Brot noch Land für alle hat, die in den Reichs-
pfählen wohnen möchten. So wollen sie dorthin wandern,
wo sie hoffen dürfen, wenigstens ihr Deutschtum zu erhalten
und deutsche Schulen einrichten zu können.

Sie haben den schweren Entschluß gefaßt; dort zu
bleiben, wo sie schollenfest zu werden hoffen. Das neu ge-
bildete Westrussland hat ihnen entsprechende Zusagen ge-
macht.

Meint nun Frankreich und England, es gäbe Mittel,
diese zu den Westrussen gestoßenen Deutschen gewaltsam zu
entfernen? Moskwa sagt durchaus richtig, daß sich keine
deutsche Truppe finden wird, die gegen die deutschen Brüder
zu Felde zögen.

Die deutsche Regierung hat das äußerste getan; sie hat
das Band zerschnitten und in jeder Weise die Politik der
Schwäche gewählt. Den Grafen von der Goltz, den Befreier
Linnlands hat sie mit allen Formen der Ungnade ab-
berufen; er wird dies in Würde zu tragen wissen.

Die nächsten Tage werden zeigen, ob die Politik der
Härte gegen die eigenen Landeskinde, denen jüngst in der
Nationalversammlung die Ehre zuteil wurde, von Dr. Cohn
(Nordhausen) beschimpft zu werden, irgend etwas aus-
richtet.

Jedenfalls scheint die baltische Frage von Tag zu Tag
an Wichtigkeit zu gewinnen; sie kann zum Hebel werden,
Ereignisse größter Art auszulösen.

Unter diesen Umständen ist es nötig, nicht mit vor-
eilter Härte, sondern gerecht Gründe und Gegengründe ab-
zuwägen, die das Handeln der baltischen Landeswehr leiten.
D. Reinhard M u m m, M. d. R.

Pestalozzi als Sozialreformer.

Von H. Wagner.

Als vor nunmehr über 100 Jahren Preußen durch die
Schlacht bei Jena und die anschließenden Siege Napoleons
in die tiefste Knechtschaft gestoßen war, faßten die besten
Männer unseres Volkes den festen Entschluß, durch eine ein-
greifende Erneuerung und eine Umgestaltung von innen
heraus unserem Vaterland aus seiner Erniedrigung wieder
zur Selbstständigkeit zu verhelfen. An ihrer Spitze stand
Fichte, der im Jahre 1808 ohne Scheu vor den Spähen des
großen, siegreichen Feindes seine zündenden Reden an die
deutsche Nation hielt. Er hatte sich ein Jahr zuvor ein-
gehend mit den Schriften Pestalozzis beschäftigt und glaubte
in ihm den wertvollsten Helfer für die geistige Erweckung
des deutschen Volkes gefunden zu haben. Ihm schien ja die
Rettung des geknechteten Preußen nur durch eine um-
fassende, auf ganz neue Grundzüge aufgebaute Erziehung
kommen zu können. Volkserziehung war seine Lösung. Die
Methode dieser Erziehung sollte die Pestalozzische sein. Es
müßten neue, geistige Energien entwickelt werden, wenn
der Druck der Knechtschaft abgeschüttelt werden sollte.
Und wie Fichte vor 100 Jahren meinte, man müsse bei
Pestalozzi in die Schule gehen, um einen Ausweg aus dem
Elend der Zeit zu finden, so kann derselbe Mann auch heute
für uns ein wegweisender Lehrer sein, bei dem es sich lohnt,
Fingerzeige für eine Rettung aus der Not des Tages zu
holen.

Pestalozzi war kein theoretischer Pädagoge. Er war in
erster Linie ein Mann mit liebewarmem Herzen für das
Volk, dem es allein darauf ankam, die ihm vor Augen
liegenden Schäden mit helfender Hand zu beseitigen. Er
hatte selbst im praktischen Leben gestanden. Freilich gelang
es ihm wegen seiner Gutmütigkeit und seines unwirtschaft-
lichen Sinnes nicht, als Landwirt wirkliche Erfolge zu er-
zielen. Außerlich ist er in seinem Leben gar oft gescheitert.
Trotzdem hatte er eine genaue Kenntnis des wirtschaftlichen
und sozialen Lebens seiner Zeit. Mit scharfem Blick er-
kannte er die schweren Gebrechen, die den Körper seines
Volkes krank machten und mit umsichtiger Weisheit zeigte
er Wege, wie man Heilung schaffen könnte. So finden wir
in seinen Schriften nicht nur eine der Wirklichkeit ent-
sprechende Schilderung der schweizerischen sozialen und wirt-
schaftlichen Verhältnisse zu seiner Zeit, die von hoher
kulturgeschichtlicher Bedeutung sind, sondern auch wertvolle,
sozialreformerische Vorschläge und Winke, die noch in der
Gegenwart dringend der Beherzigung empfohlen werden
können. Darüber soll hier einiges gesagt werden.

Ich beschränke mich auf seinen Roman „Hilfard und
Gertrud“. *) Er bringt auch wichtige Fingerzeige für die
Einbildung für das Volk von Heinrich Pestalozzi.

Sein besonderer Wert aber liegt in der
Aufzeichnung von Gesichtspunkten zur Beurteilung des ge-
sellschaftlichen Lebens und in der Aufstellung von Grund-
sätzen zu seiner Verbesserung. Pestalozzi schildert in ihm
das Leben in dem schweizerischen Dorfe „Bonnat“ und be-
zeichnet es als seine Aufgabe, nur das zu zeigen, „was ich
sah und hörte, daß das Volk selber empfindet, urteilt,
glaubt, redet, und versucht“. Man kann wohl sagen, daß er
sein Ziel aufs beste erreicht hat. Und da im Grunde das

*) Reclams Universalbibliothek. Hilfard und Gertrud.

zu gehen, nicht nach
in Randstaaten nicht
als Judenisch getau
ht aufgeben könne.
tungen Russland ver
ms.

umung.

Deutschen in den

Friedensvertrages
Ratifikation der
eindet, und der In
hts mehr im Wege
eils die ersten Ab
gegebene erfolgen
liche Staatsregie
ien Aufzug alle in
dort gebürtigen
die die Erhaltung
de bei der bevor
reten

Am Aufzug der Me
die Art der Ab
so ungünstig wie
Frieden diktieren
nem Zweifel, daß
den deutschen Na
enn jeder von
ten am Tage der
Dies gilt nicht
dieser Landesteile,
jenigen, die zwar
geboren sind, aber
und das zwangslä
nen rufen wir zu:

Ihr alle am Tage
ort seid und dort,
Deublerung, von
enkt aller Mäße
ie deutscher Wohl
weisses, mit dem
erst urbar gemacht

ie Fortgezogenen,
s wohl, vor einer
l Eurer Treue
der Segen deut
ch, so sind Eure
Wolkstum unterzu

chtum durch Eure
rprechungen und
nen, so wird
nen, die in den
denen das Recht
ihrem nationalen
auch sie um so
en.

innen!
en, eine Tat zu
a die Seite stellen
gangenheit. Un
haben Blut und
unversehrt zu er
die Opfer, das sie
h die Erfüllung
großen Stunde

den treu Euren
Heimat!"

mer Beschäftigung
rektor an einem
bediente sich nun
also unter Kon
Er reichte seinem
ein momentan ein
ein des Sonnen
weisen Raum fiel
Der Strahl traf
lein im Zimmer
n und den leicht,
— einen Augen
und dankbar
tersarbeit einem
a alle das Recht
ließ einen das
menschliche Seele
wie ein Rätsel
galt es der Er
en Vater zurück

den hätte ihren
res Hertze am
en erhalten sie zu
frei —! — Wie
sie kurz darauf
ngen und Er
lgemeinen Re
selben Gefahr

ie nicht ver
ft von weissen
eden — einer

Die letzten Unterzeichnungen.

Friedensratifikation durch Poincare.

Das Pariser Amt hat meldet, daß Poincare das Ultimatum der Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland und die anderen in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Schriftstücke unterfertigt hat. Damit ist die Ratifikation der erforderlichen drei Großmächte vollendet.

Das vom König von England ratifizierte Exemplar des Friedensvertrages ist dem Sigaro zufolge am Dienstag aus London in Paris eingetroffen. Der italienische Minister des Auswärtigen Tittoni überbringt den vom König ratifizierten Friedensvertrag, so daß angenommen wird, der Austausch der Ratifikationsurkunden könne schon am Donnerstag erfolgen. Frankreich wird dabei durch den Minister des Auswärtigen schon vertreten werden. In dem feierlichen Akt werden auch Vertreter der kleineren Staaten teilnehmen, die bis jetzt ratifiziert haben, so u. a. Belgien und Polen.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, daß der japanische Staatsrat den Friedensvertrag genehmigt hat. Der Vertrag wird jetzt dem Kaiser zur Ratifizierung vorgelegt.

Ersatz für die Friedenskonferenz.

Die Hyoner Blätter melden aus Paris, daß nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die Friedenskonferenz umgewandelt werden soll. Man plane, sie durch einen Rat der Vorkämpfer zu ersetzen, dem schon präsidieren werde. Der Marschall Foch wird leibhaftig technischer Berater und ausführendes Organ des Rates werden.

Die Aufgaben des Reichsschatz-amtes.

Umstellung der Heeres- und Marinebetriebe.

Die Hauptaufgaben des Reichsschatzministeriums bestehen zurzeit, wie Abg. Stöckel (Soz.) im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung ausführte, in der Umstellung der Heeres- und Marinebetriebe auf den Friedensstand. Diesem Ministerium würden künftig die Proviant-, Remonte- und Bekleidungsämter unterstellt werden. Außerdem müsse das Schatzministerium den reichseigenen Besitz verwalten, die Liquidation der Kriegsgesellschaften durchführen und Verträge abwickeln, die von der Heeresverwaltung abgeschlossen seien.

Reichsschatzminister Mayer wies gleichfalls auf die großen Aufgaben seines Ministeriums hin, wobei er besonderes Gewicht auf die Kontrolle der Kriegsgesellschaften legte. Nach der Schätzung des früheren Finanzministers Schiffer würde die Bewertung der mobilen Heeresgüter etwa drei Milliarden Mark erbringen. Bisher sei es gelungen, 2,2 Milliarden Mark zu erzielen, und voraussichtlich würden weitere Verluste noch ein bis zwei Milliarden bringen. Natürlicher Weise man nicht die große Zahl der bisher in Heeres- und Marinebetrieben Beschäftigten beibehalten. Man würde sie zunächst auf Ausbezahl stellen, dann aber die Tätigkeiten mit Privatdienstvertrag neu anstellen. Dem Ministerium sei es gelungen, zu erreichen, daß die ihm unterstellten Arbeiter gegen 1000 Lohn arbeiten. Heute seien noch 45 000 Arbeiter in Heeres- und Marinebetrieben beschäftigt gegenüber 240 000 im Kriege.

Die Nationalversammlung.

99. Sitzung. Mittwoch, den 15. Oktober 1919.

Auf der Tagesordnung steht der deutsch-polnische Vertrag.

Über die Entlassung festgesetzter Personen und die Verhängung von Straffreiheit.

Minister des Auswärtigen Müller: Es handelt sich hier um ein Ergänzungsabkommen. Wenn wir bereits vor Inkrafttreten des Friedensvertrages mit den Polen zu einem solchen Abkommen gelangt sind, so geschieht das, weil wir ein besonderes Interesse daran haben, daß diese Umwälzung der Verhältnisse in den östlichen Gebieten möglichst rasch erfolgt. So schmerzhaft der Verlust rein deutscher Mitbürger ist, die an die Polen abgetreten werden müssen, so haben wir doch ein Interesse daran, daß möglichst korrekte Verhältnisse mit unseren polnischen Nachbarn eintreten. Der Vertrag wird in allen drei Lesungen angenommen.

Ohne Aussprache angenommen wird der Haushaltsplan für den Reichspräsidenten.

Die Aussprache über den Haushaltsplan der Post- und Telegraphen-Verwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Benemann (D. Bp.) empfiehlt den Ankauf von Autobussen der Heeresverwaltung für den Postbetrieb. Zur Beseitigung der Mißstände im Post- und Telegraphenwesen sollte das Publikum mehr Selbstzucht zeigen. In Berlin sind im September an einem Tage 161 000 Telegramme aufgegeben worden. Mit den Postdiebstählen muß endlich ein Ende gemacht werden. Bei der Entfernung der Worte „kaiserlich“ macht sich mitunter ein unglaublicher Bantalkismus breit.

Abg. Hubert (U. Soz.): Die Postbeamten verlangen eine bessere soziale Bewertung. Wenn nicht Hungerlöhne gezahlt würden, würden keine Diebstähle vorkommen. Im Fernsprechdienst ist eine wahre Vorterrwirtschaft eingetripst.

Abg. Steinboß (Soz.): Die Beamten haben das Vertrauen zum Minister, daß er die jetzt geltende Personalreform durch eine solche ersetzen wird, die den berechtigten Ansprüchen der Beamten nachkommt. Wir werden alles aufbieten, damit die mittleren und unteren Beamten restlos zufriedengestellt werden.

Abg. Koch-Münster (Frp.): Es wird Aufgabe des Reichspostministers sein, die Reichspost wirtschaftlich wieder auf den alten Stand zu bringen. Die wichtigste Aufgabe aber ist die Schaffung eines gesunden, zufriedenen Beamtenstandes. Jedes Spiel und Operieren mit dem Streikgebanen in der Beamtenliste ist streng zu

verwerfen: Hände weg vom Streik! Die Beamtenliste muß restlos zurück zu der alten Pflichterfüllung, Treue und Dienstfreudigkeit. Dazu soll dienen die in Aussicht gestellte Beamtenreform. Größere Aufstiegsmöglichkeit muß geschaffen werden. Dringend notwendig ist auch die Besoldungsreform, mit der das Reich vorbildlich für die Einzelstaaten vorgehen sollte.

Reichspostminister Siebert: Die vorgebrachten Wünsche werden geprüft werden. Für die Einrichtung von Fortbildungskursen wird gesorgt werden. Ob weibliche Beamte im Dienst zu belassen sind, wenn sie heiraten, darüber muß die Verwaltung entscheiden. Bei der Postfreiheit sind Mißbräuche vorgekommen, die beseitigt werden sollen durch die Aufhebung der Postfreiheit.

Abg. Kemmer (Dem.): Die Verhältnisse in der Reichspostverwaltung haben sich von Grund auf geändert. Wir sehen heute das bemerkenswerte Schauspiel, daß dem Postminister von allen Seiten Vertrauen entgegengebracht wird. Durch Betriebsreformen muß versucht werden, Ersparnisse zu machen.

Abg. Mumm (Dnatl.): Die Übung der Wohnungsfrage ist bei der Postverwaltung besonders wichtig. Eine Unmenge lästiger Ausländer nimmt jetzt den Deutschen die Wohnungen weg. Der Familienstand sollte bei der Besoldungsreform berücksichtigt werden. Der alte gute Geist der Pflichttreue muß die Beamten wieder zum Stolz ihres Volkes machen.

Die Vespersion schließt. Der Präsident teilt mit, daß eine längere Pause in den Verhandlungen jedenfalls nicht vor dem 30. Oktober zu erwarten sei.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Tages-Ordnung: Bericht des Untersuchungsausschusses über die Rechte der Unterassessoren, Etat des Reichsministeriums des Innern, Interpellation über die Schuld-literatur.

Schluß 6 Uhr.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 15. Oktober.

Das Haus tritt zunächst in die zweite Beratung der Entwürfe über

Nachträge zum Staatshaushalt

ein. Abg. Graf-Anklam (Dnatl.): Die Ausgabe von Schatzanweisungen bis zu 15 Millionen Mark zur Veranschlagung der Betriebsmittel der Generalstaatskasse anstatt wie früher verlangt, bis zu 10 Millionen Mark, erfüllt mit schweren Bedenken für die weitere Entwicklung unserer Finanzen. (Zustimmung rechts.) Die Ministerien dürfen nicht zu einer Verordnungsanstalt für Parteifreunde werden. Ebenso überflüssig wie die parlamentarischen Unterstaatssekretäre halten wir die verschiedenen Ministerial-Beigeordneten.

Abg. Richter-Reumünster (Soz.): Die parlamentarischen Unterstaatssekretäre sind nicht ein Ausfluß des Mißtrauens, sondern sie erleichtern die Arbeit der Ministerien. Früher ist auch nicht geklagt worden, und wenn es doch geklagt, so tat man es lediglich aus dem Grunde, den Ministerbehalten bestimmte Posten zu verschleichen. (Sehr richtig! links. — Widerspruch rechts.)

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Bei der Auswahl werden die Wünsche der Arbeiter zu wenig berücksichtigt. Die Arbeiterkräfte werden nicht befestigt werden. Nicht nur eine Kontrollinstanz werden sie darstellen, sondern sie werden einst die ganze Macht übernehmen.

Abg. Dr. Leidig (D. Bp.): Wenn der Minister nicht Herr im eigenen Hause bleibt, so wird eine völlige Devoute der Verwaltung eintreten. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Sie (nach links) Aufpasser und Spione haben wollen, dann müssen sie geeignete Leute aussuchen. Den jetzigen ein Schnippschen zu schlagen, wäre für die preussischen Beamten ein leichtes. Aber diese Beamten werden mit ruhiger sachlicher Loyalität ihre Arbeit weiter tun.

Abg. Graf-Anklam (Dnatl.): Ich nehme die preussischen Beamten des alten Regimes dagegen in Schutz, daß sie der jetzigen Regierung entgegenarbeiten. Die Beamten haben sich auf den Boden der jetzigen Zustände gestellt und erfüllen ihre Pflicht.

Die Nachträge und das Ergänzungsgezet werden nach dem Ausschluß-Entwurf angenommen.

Bei der sich anschließenden dritten Beratung erklärte auf Ausführungen des Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) Ministerpräsident Hirth: Alle Sünden, die der Abg. Dr. Rosenfeld der Regierung vorwirft, sind von ihm und seinen Freunden hundertfach begangen worden. Als sie die Regierung hatten, sind sie mit Mitteln brutaler Gewalt vorgegangen. Die Ausführungen der „Freiheit“ nach dem Ultimatum auf Haase waren

das Elchasteste und Erbärmlichste, was sich je ein Blatt geleistet hat. (Lebhafte Zustimmung.) Nur wenn sich die Unabhängigen auf den Boden der Verfassung stellen, kann ich mich für die Aufhebung des Belagerungszustandes einsetzen.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Wir müssen es ablehnen, ein für allemal zu erklären, daß eine Gewaltanwendung für uns nie mehr in Frage kommt. (Lebhafte Zustimmung! links.) Fort mit einer Regierung, die den Belagerungszustand aufrecht erhält. (Lebhafte Unruhe.)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen, an denen sich die Unabhängigen Rosenfeld und Adolf Hoffmann und die Mehrheitssozialisten Helmreich und Nibel beteiligten und wobei sehr scharfe Ausdrücke fielen, wird der Nachtragsentwurf einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung eines Antrages Friedberg (Dem.) betr. Bekämpfung des

Schieber- und Schmuggelwesens im Westen.

Abg. Auhle (Dem.) begründet den Antrag. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die Regierung augenblicklich nichts unternehmen könne, da die Verhandlungen mit den Engländern noch kein Ergebnis hatten. Die Regierung ist aber bemüht, eine Kontrolle des gesamten Eisenbahnwesens am Rhein durchzuführen.

Der Antrag wird vertagt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: Landwirtschaftsetat.

Deutsches Reich.

— Zum Vizepräsidenten in Breslau wurde der Gewerkschaftsführer R. Voigt, Mitglied der Nationalversammlung, und zum Vizepräsidenten in Aachen der Landrat Freiherr v. Korff ernannt.

— Der Eisenbahnminister hat zur Behebung der Betriebschwierigkeiten im Osten vorübergehend eine „Generalbetriebsleitung Ost“ eingerichtet, die die Betriebsführung in den östlichen Direktionsbezirken von einer Zentrale aus leiten soll.

— Der Weimarer Landtag nahm einstimmig den einen Zusammenschluß der thüringischen Staaten unter allen Umständen vorschlagenden Nachtrag zum Gemeinschaftsvertrag an.

— Der Wahlartikel des Betriebsrätegesetzes wurde von dem Ausschuß der Nationalversammlung unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages, der das Wahlberechtigungsalter auf 18 Jahre, die Wahlbarkeit auf 20 Jahre herabsenken und die Dauer der Betriebszugehörigkeit als Voraussetzung der Wahlbarkeit von sechs auf drei Monate vermindern wollte, in folgender Fassung angenommen:

„Wahlberechtigt sind alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Wahlbar sind die mindestens 24 Jahre alten reichsangehörigen Wahlberechtigten, die nicht mehr in Berufsausbildung sind und am Wahltag mindestens sechs Monate dem Betrieb oder dem Unternehmen, bei längerem Besuche dem Betriebes oder Unternehmens seit dessen Begründung, sowie mindestens drei Jahre dem Gewerbebezirk oder dem Berufsbezirk angehören, in dem sie tätig sind. Von dem Erfordernis der sechsmonatigen Betriebsangehörigkeit ist abgesehen in solchen Betrieben, die ihre Arbeitnehmer oder einen Teil davon regelmäßig nur einen Teil des Jahres beschäftigen, hinsichtlich der zeitweilig beschäftigten Arbeitnehmer. Sind im Betriebe nicht genügend Arbeitnehmer vorhanden, die wählbar sind, so kann allgemein von dem Erfordernis der sechsmonatigen Betriebsangehörigkeit, nötigenfalls auch von dem der dreijährigen Gewerbe- oder Berufsangehörigkeit abgesehen werden.“

— Amerikanische Besatzungstruppen für Oberschlesien. Nach einem in Oppeln eingetroffenen Telegramm des Brückenkopfes Köln ist der Stadt Oppeln vom Che, der amerikanischen Mission mitgeteilt worden, daß gebeten wird, einem Kommando der amerikanischen Armee Quartiere und Büroräume für die Zeit bis zum 31. Dezember zur Verfügung zu stellen. Das Kommando wird bis zu dieser Zeit in Oppeln stationiert werden, um den Transport der Besatzungstruppen (für die Abfertigung) von Koblenz ab weiter zu leiten. Da das Telegramm bereits mit einer Zurverfügungstellung vom 8. d. M. spricht und am 7. in Köln abgegangen ist, ist mit einer baldigen Ankunft des amerikanischen Kommandos und der Besatzungstruppen zu rechnen.

— Die Schulpolitik in der Nordmark. In den deutschen Kreisen Nordschleswigs hatte es Bitterkeit erzeugt, daß die schleswigsche Regierung vor einigen Wochen trotz des augenblicklichen Lehrermangels in der Nordmark etwa 80 deutschen Lehrern die Erlaubnis zur Teilnahme an einem mehrmönatigen Kursus in Kopenhagen erteilte, der offensichtlich von den Dänen aus politischen Gründen eingerichtet worden war. Auch die vorzeitige Verlegung von Lehrern aus dem Abstammungsgebiet war scharf kritisiert worden und hatte u. a. einen Protest des deutschen Ausschusses zur Folge gehabt, der sich in erster Linie auch gegen die Lehrerkurse richtete. In Würdigung der von deutscher Seite vorgebrachten Bedenken hat das preussische Kultusministerium nunmehr die Verlegung der untergeordneten schleswigschen Organe abgeändert. Die von der Regierung in Schleswig genehmigte Beurlaubung reichsdeutscher Lehrer aus Nordschleswig zur Teilnahme an Sprachkursen in Kopenhagen hat der Minister mit Rücksicht auf die große Zahl der zurzeit unterforsteten Stellen in Nordschleswig auf die Dauer von längstens einem Monat beschränkt und die Erteilung von dänischer Unterricht durch reichsdeutsche Lehrer in den öffentlichen Schulen in Nordschleswig als Ersatz für den vorgeschriebenen Volksschulunterricht verboten. Die Verlegung von Lehrern aus dem Abstammungsgebiet vor erfolgter Abstimmung wurde untersagt sowie die schleswigsche Ersetzung der aus Nordschleswig bereits verlegten Lehrkräfte durch geeignete Hilfskräfte angeordnet.

— Der Kampf gegen die Schieber. Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung verteidigte sich am Dienstag bei der Fortsetzung der Beratung des Etats des Schatzministeriums der Abg. Götze (Demokrat) gegen den Vorwurf, daß er als Reichsschatzminister dem Schieberwesen gegenüber nicht energisch genug aufgetreten sei. Er habe sich stets bemüht, jeden Fall von Unredlichkeit zu verfolgen, und Abhilfe zu schaffen. Verkäufe von Reichsgut müßten unter Mitwirkung des Großhandels vorgenommen werden, sonst würden sie sich auf Jahre hinaus erstrecken. Freilich dürfe man nur mit ersten Firmen

arbeiten und müsse die Personen sorgfältig auswählen, die innerhalb der zu bildenden Verwertungskontoren ihren Posten in der neuen Verwertungsstelle verlaufen. Ein Regierungsvertreter bemerkte, daß u. a. dem Reichsverwertungsamt oftmals von dem Vorwurf der Preiserei gemacht habe. Das Ministerium betreibe energisch den Kampf gegen das Schieberwesen. Gegen 1000 Strafanzeigen seien erstattet worden, jeder Fall werde rücksichtslos verfolgt. Die Ausschreibungen von Verträgen würden der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Man habe Musterzimmer für Kaufleute eingerichtet. Mit der Ausstellung von Schervertäufelungen Heeresgut auf der Messe habe die Regierung gute Erfahrungen gemacht.

— Ein Bekenntnis der Memeler zum Deutschtum. In einem Telegramm forderten die Bewohner des Memelgebietes in letzter Stunde nochmals die Reichsregierung, Staatsregierung und Landesversammlung dringend auf, dafür einzutreten, daß ihre Heimat beim deutschen Vaterlande verbleibe. In fünfhundertjähriger Verbindung mit Preußen und Deutschland, aus einer unbewohnten Wildnis zu einem dichtbevölkerten deutschen Mutterlande geworden, unauflöslich verbunden mit dem wirtschaftlichen und geistigen Leben des deutschen Vaterlandes, gewöhnt an die Segnungen der unergieblichen deutschen sozialen Gesetzgebung, außerstande, die Mittel zur Erhaltung ihrer öffentlichen Einrichtungen aus eigener Kraft aufzubringen, juche das Memeler Land im Falle der Abtrennung

von Deutschland für die dritten Waffen der künftigen und künftigen Bevölkerung den völligen Zusammenbruch in Kultur und Wirtschaft vor Augen. Es müsse Wege geben, etwaigen Wünschen anderer Nationen zu entsprechen, ohne daß darunter ein Teil unseres eigenen Volkes zugrunde gehe.

Rundschau im Auslande.

Die Wiener Polizeidirektion richtete an die Regierung eine Note, wonach sie bei Fortdauer der Wirksamkeit der sozialistischen Arbeiterparteien jede Verantwortung für Ausbruch der Anarchie ablehne.

In Ugram (Kroatien) wurde eine Verschwörung gegen den serbischen Kronprinzen Alexander entdeckt. Aus diesem Anlaß sind mehrere hundert Personen verhaftet worden.

Das neue türkische Ministerium zeigt eine ausgesprochen jugendliche Gesinnung. Das Erscheinen der jugendlichen Zeitungen wurde wieder gestattet.

Frankreich: Barrikadenkämpfe in Paris.

Der verschärfte Belagerungszustand und das Standrecht wurden über die französische Hauptstadt verhängt. In der Stadt herrscht volle Anarchie. Die Streikenden, 3000 an der Zahl, durchziehen die Straßen, errichten an verschiedenen Stellen Barrikaden und veranstalten Unruhen unter dem Befehl der Internationale und den Ausrufen: „Es lebe die Revolution!“, „Es lebe die Sowjet!“, „Herunter mit den Mördern!“. Die Polizei ist machtlos. Wo sie eingegriffen ist, wurde sie mit einem Hagel von Steinen und Eisenstücken überschüttet. Auf die ankommenden Truppen wurde geschossen. Man zählt bisher fünf Tote und 60 Verwundete. Die Banken, öffentlichen Gebäude und großen Geschäfte werden von Truppen bewacht.

England: Albion „überflutet“.

Der Parlaments-Korrespondent der „Daily Mail“ schreibt, daß der Kabinettsausschuß zur Erzielung von Sparnissen zu dem Schluß gekommen ist, daß die militärischen Ausgaben Englands eingeschränkt werden müssen. Es wurde angeordnet, die Ausgaben der Armee auf 75 Millionen Pfund Sterling das Jahr einzuschränken, das Budget für die Flotte muß auf 60 Millionen und das für die Luftflotte auf 25 Millionen Pfund Sterling herabgesetzt werden. Bei der Flotte will man 100 000 Mann im Dienst behalten.

Rußland: Denikin in Drel.

Der Oberbefehlshaber der russischen Südarmerie, General Denikin, meldet, daß seine Truppen in einem erbitterten Gefecht Drel, 200 Kilometer südlich von Moskau, genommen und 18 rote Regimenter, die sich ihnen entgegenstellten, geschlagen haben. 3000 Gefangene, vier Geschütze und mehr als 30 Maschinengewehre seien erbeutet worden. In der Ukraine hat Denikin die neunste Division bei Kiew geschlagen und zwei Dörfer besetzt. Die Bolschewiken melden aus Jamburg, daß sie diesen Ort nach heftigem Kampf genommen haben. Dagegen behauptet General Rubentich, der Kommandierende der nordwestrussischen Armee, Jamburg und die Narwasstellung wiedergewonnen zu haben.

Kirche, Schule und Mission.

Die 10. ordentliche ev.-luth. Landesynode im Freistaat Sachsen, deren Herbittung in Dresden vom 25. September bis 3. Oktober d. J. stattfand, hat Beschlüsse gefaßt, die von großer Tragweite und auch für das übrige evangelische Deutschland von Interesse sind. Die Aufstellung einer neuen Kirchenverfassung wurde der nächsten 11. ordentlichen Landesynode, welche für 1920 oder 1921 einzuuberufen ist, überwiesen. Um aber schon jetzt im Lande Klarheit darüber zu schaffen, wohin die sächsische Landeskirche, wenn einmal ihre Trennung vom Staat vollzogen sein wird, sich entwickeln würde, stellte die Synode unter Mitwirkung des Kirchenregiments Grundsätze für die Neugestaltung der Kirchenverfassung auf.

Begünstigt der Synodalen Wahl wurde die bisherige Vorstands- und Synodalordnung dahin umgeändert, daß die Wahlen der Synode nicht wie bisher durch Wahlmänner, welche von den Kirchenvorständen gewählt wurden, zu voll-

ziehen seien, sondern durch sämtliche Mitglieder der Kirchenvorstände. Die Einführung der Urwahlen für die Synode wurde abgelehnt. Der in diesem Sinne abgeänderte § 39 der Kirchenvorstands- und Synodalordnung soll nunmehr folgende Fassung bekommen:

Die Wahl der Abgeordneten der Kirchgemeinden zur Synode erfolgt in direkter Wahl durch geheime persönliche Stimmabgabe.

Zur Verhandlung sind die geistlichen und weltlichen Mitglieder der Kirchenvorstände des Wahlbezirks berufen. Landeskirchliche Kündige Geistliche, welche zwar im Wahlbezirk, aber nicht für eine mit Kirchenvorstand vererbene Pfarre angestellt sind, sind gleichfalls wahlberechtigt.

Nie nicht anders zu erwarten war, erließ die Synode einen energischen Protest gegen das neue staatsliche Kirchenvertragsgesetz für Sachsen, das ja bekanntlich bereits den 1. März die Möglichkeit zum Kirchenaustritt gibt und wonach die bloße Erklärung zu Protokoll vor dem Standesamt genügt, um den sofortigen Kirchenaustritt zu vollziehen.

Endlich nahm die Synode in bedeutsamer Weise zur Frage des Religionsunterrichts Stellung. Das Landesministerium wurde gebeten, die Geistlichen des Landes anzuweisen, daß sie die christlich geformten Eltern über die gegenwärtige Lage der Schulgesetzgebung aufklären, die ihnen zur Pflicht macht, die in der Reichsverfassung vorgesehene Errichtung von Konfessionschulen zu beantragen. Ferner soll das Landesministerium die notwendigen Schritte tun, daß der evangelisch-christliche Charakter einer entsprechenden Anzahl von Lehrerseminaren gewahrt bleibt, welche die Lehrtätigkeit für die Konfessionschulen und den Religionsunterricht in ihnen vorzubereiten haben. Gleichzeitig erließ die Synode einen Aufruf an die christlichen Eltern, in welchem diese aufgefordert wurden, von dem ihnen durch die Gesetzgebung gewährleisteten Recht, besondere Volksschulen ihres Bekenntnisses oder in ihrer Weltanschauung zu beantragen, Gebrauch zu machen.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag erließ folgende Rundgebung gegen die Aburteilung des Deutschen Kaisers durch die feindlichen Mächte.

Dem furchtbaren Friedensschluß, der dem Weltkriege ein Ende machen sollte, ist durch die Forderung der Feinde, den Deutschen Kaiser vor ihr Gericht zu stellen, der schärfste Stachel gegeben worden.

Jedes menschliche und jedes rechtliche Empfinden bäumt sich auf gegen das aller Gerechtigkeit Hohn sprechende Verlangen, wodurch der Kläger sich zum Richter über Schuld oder Nichtschuld des Kaisers machen will und unter der trügerischen Maske des Rechtes der schändliche Gewaltfriede nachträglich gerechtfertigt werden soll.

Deutschland empfindet dieses Verlangen als tiefste Schmach und Entehrung, in ganz besonderem Sinne das evangelische Deutschland, das dankbar aller Förderung gedenkt, die der Kaiser dem deutschen Protestantismus allezeit hat zuteil werden lassen.

Der Gewalt der Feinde gegenüber machtlos appellieren wir vor aller Christenheit an den ewigen Richter.

Dem schwergeprüften Kaiserpaar aber rufen wir fürbittend das große Trostwort des Apostels zu: Weber Tod noch Leben, weder Engel noch Fürstentümer noch Gewalten, weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges, weder Hohes noch Tiefes, noch keine andere Kreatur kann uns scheiden von der Liebe Gottes, die in Christo Jesu ist, unserem Herrn.

Aus der Reformierten Kirchenzeitung.

pd. Von der Evangelischen Volkspartei. Die Zentrale der Evangelischen Volkspartei ist von Dilsdorf (Prov. Sachsen) nach Auras, Kr. Wohlau in Schlesien verlegt worden. Der neue Geschäftsführer ist Pfarrer Störmer, dort.

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 17. Oktober 1919.

Die Kosten des Bezugscheinverfahrens. Die „Reichsbetriebsstelle“ teilt mit: „Als Beitrag an den von den Gemeindeverbänden aufgewendeten Kosten des Bezugscheinverfahrens ist vom Reiche ein Beitrag von 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Eine Reihe von Verbänden hat mit der Umnahme ihrer Kosten lange gezögert. Auf die Auszahlung der Beiträge an die Kommunalverbände dürfte in der nächsten Zeit noch nicht zu rechnen sein.“

Die 15 Pfg.-Postkarte. Die Erhöhung der Postgebühren bringt auch einige Veränderungen der Postkarte: so wird jetzt von der Reichsdruckerei die Postkarte mit aufgedruckter 15 Pfg.-Marke hergestellt, die noch in diesem Monat ausgegeben werden soll. Der Wertstempel, früher hellbraun, dann dunkelviolett, soll auf der Postkarte, um den Abgabestempel deutlicher hervortreten zu lassen, in hellerem Ton braunviolett und ebenso der Aufdruck „Postkarte“ gedruckt sein. Die 10 Pfg.-Postkarten bleiben für den Orts- und Nachbarortsverkehr unverändert.

* Schildische. (Vortrag.) Am Sonntag, den 19. Oktober, wird Prediger Heinrich Dallmeyer einen Vortrag halten über das Thema: „Gibt es noch Gnade für die Toten?“ (Siehe Inserat.)

Letzte Nachrichten.

Dewet für Deutschland.

Das südafrikanische Blatt „Burger“ veröffentlicht ein Schreiben des Generals Dewet, in dem dieser leidenschaftlich gegen die Besitzergreifung Deutsch-Südwests und Deutsch-Namibias durch die Union Einspruch erhebt. Dewet nennt die Eroberung dieser beiden deutschen Kolonien ungerecht und erklärt, so lange sie im Besitz des südafrikanischen Volkes seien, würden sie wie eine Feuersbrunst wirken. Der Einspruch ist in der deutschen Kolonialpolitik unangebracht gewesen. Dewet appelliert an das südafrikanische Volk, daß Deutsch-Südwest und Deutsch-Namibia ihrem rechtmäßigen und gesetzlichen Besitzer zurückgegeben werden.

Tauschschiffe — die Kriegsschiffe der Zukunft.

Aus London wird gemeldet: Es ist wahrscheinlich, daß das Auftreten des Admirals Beatty als erster Seelord eine Veränderung in der britischen Marinepolitik zur Folge haben wird. Beatty ist der Ansicht, daß das Kriegsschiff der Zukunft ein Tauschschiff sein wird. Man erwartet, daß die modernen Tauschschiffe nur ein Viertel der modernen Linienfahrtschiffe kosten werden.

Amerika: Störung der Lebensmittelversorgung New Yorks.

Die „Times“ melden über die Lage im New Yorker Hafen, daß die lange Dauer des Streiks sehr ernste Folgen hat. Es stellen sich nicht nur die 60 000 Hafenarbeiter, sondern durch ihren Streik wird auch 130 000 anderen Arbeitern die Arbeit unmöglich gemacht. Im Hafen liegen 85 mit Lebensmittel beladene Schiffe. In der Stadt herrscht bereits Hungermangel, und dadurch, daß auch die Bemannung der kleinen Schiffe, die die Küstenfahrt betreiben, streiken, wird die Misshandlung stillgelegt. Die Arbeiter weigern sich, die aus England und Frankreich einlaufenden Schiffe zu löschen. Diese Arbeit wird jetzt von Soldaten ausgeführt.

England: Bevorstehende Aktion der englischen Bergarbeiter.

Der Sekretär des englischen Bergarbeiterverbandes, Lodge, erklärte, daß es innerhalb dreier Monate zu einer Aktion der Bergarbeiter kommen werde. Die Bergarbeiter werden eine sehr bestimmte Politik führen, und es ist ein Antrag angenommen worden, der verlangt, daß England einen sofortigen Frieden mit Rußland schließen soll.

Für den Inhalt verantwortlich: B. Graa, Bielefeld. — Druck und Verlag: „Reichsbetriebsstelle“, Bielefeld, Hermann 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten an: Reichsbetriebsstelle, Bielefeld. Alle Zuschriften sind zu richten an: Reichsbetriebsstelle, Bielefeld. Alle Zuschriften sind zu richten an: Reichsbetriebsstelle, Bielefeld.

Gibt es noch Gnade für die Toten?

Über dieses Thema wird Prediger Heinrich Dallmeyer am kommenden Sonntag, den 19. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Gemeinschaftshause (Wilhelmsstraße 14) zu Schildische einen Vortrag halten. Jedermann herzlich willkommen! Eintritt frei!

Ein tücht. Schwester

wird auf sofort in Arzthausarzt gesucht, die außer den Sprechstunden etwas Hausarbeit übernimmt. Schriftl. Angebote unter A. P. 209 an die Gesch. d. Bl.

Suche zum 1. November oder später für meinen größeren Haushalt (4 Kinder von 7-18 Jahren) durchaus zuverlässige, christlich gesinnte ältere evangel.

Haushälterin,

Stütze oder dergl., perfekt im Kochen, Baden und Einmachen, die mit einem Mädchen zusammen wohnt wie Keller gewöhnlich vorsteht und sauber hält. Reflektiere nur auf wirklich vertrauenswürdige, tüchtige, evtl. gebildete Persönlichkeit häusl. Familienanschluß. Gute Zeugnisse und Empfehlungen erforderlich. Ausführl. Angebote mit Gehaltsansprüchen, Zeugnissen u. Bild zu senden an:

Frau Heimannsweber, Düsseldorf (unbeflegtes Gebiet), Umlandstraße 37.

Das Jenseits,

der Zustand der Verstorbenen bis zur Auferstehung. Eine gläubige Erleuchtungswissenschaft, kein Phantasieprodukt. Mit 2,75 franko Voreinsendung oder M. 3,- Nachnahme. Blut- und Verbandsbuchhandlung Paul Enigk, Prenzlau 1.

Feinste Leder-Glanz-Creme

erhalten Sie stets frisch und kaufen Sie vorteilhaft in Dosen im Kleinhandel zu 60 Pfg., 1,50 Mk. und höher von dem Versand A. W. Huland, Vertretung der Fabriken Bergneustadt (Rheinland). Filialen: Düsseldorf, Merowingerstraße 52; Lennep, Teichstraße 4; Wesel a. Rh., Johann-Siegmundstraße 10.

Verkauf von prima Feintalg!

Sämtliche Fettversorgungsbedürftige erhalten ab Donnerstag, 16. d. M., in den bekannten Butterverkaufsstellen gegen Abgabe der gelben Einfuhrzusatzmarke Nr. 17 ein Viertel Pfund allerseinstes Speisefett zum Preise von 2,77 M für ein Viertel Pfund.

Bielefeld, den 14. Oktober 1919.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Käseverteilung im Landkreis Bielefeld.

In nachstehenden Verkaufsstellen erhalten die fettversorgungsbedürftigen Personen in dieser Woche von Donnerstag, den 16. Oktober an gegen Vorlage und Abstemplung der für die Woche vom 13. bis 20. Oktober gültigen Fettmarken pro Person

2 Stück Hartkäse (Golling-Käse)

zum Preise von 22 Pfg. für das Stück.

Gemeinde Sieker: Bielefelder Konsum-Verein, Ortmann, Lubbe, Gieselsdorf, ferner die Verkaufsstellen Miße, Rüter, Hollmann, Hermelbracht, Oberwittler, Wittenborn und Böfemeier.

Gemeinde Gadderbaum: Bielefelder Konsum-Verein, Bentlage; ferner die Verkaufsstelle Freese und Warenhaus Ophir.

Gemeinde Stieghorst: Bielefelder Konsum-Verein, Bollmer, und die Verkaufsstelle Neuhaus.

Die Gemeinden werden abwechselnd nach Eingang der Quantitäten bedient.

Bielefeld, den 14. Oktober 1919.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Gehalts- und Lohnarten.

Wir erinnern an die umgehende Rückgabe der ausgefüllten Karten.

Magistrat Bielefeld.

Milchversorgung.

Mit dem 15. Oktober 1919 tritt laut Anordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 30. September 1919 ein Milchzuschlag zu den Milchpreisen in Kraft. Dieser beträgt für den Landwirt 12 Pfg. je Liter; so daß die Milch vom 15. 10. 1919 bis 30. 4. 1920 ab Stall 48 Pfg. je Liter kostet.

Gleichzeitig sind neue Zuschläge für Anfuhr und molkeremäßige Verarbeitung der Milch angeordnet worden. Auf Grund derselben und unter Bemessung einer zeitgemäßen Vergütung für die Milchverarbeiter ist der Kleinhandelspreis für molkeremäßig verarbeitete Vollmilch im Stadt- und Landkreis Bielefeld auf 70 Pfg. je Liter festgesetzt worden.

Der Magermilchpreis erfährt ebenfalls eine Erhöhung. Diese wird noch bekanntgegeben.

Magistrat Bielefeld.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Die Provinzialkartoffelstelle in Münster hat die Ausstellung von Kartoffelbezugscheinen auf die Überschuldfreie der Provinz Westfalen neuerdings untersagt, bis die in Frage kommenden Lieferkreise die ihnen auferlegten Zwangslieferungen und 30 Prozent Zuschlag sichergestellt haben.

Um unnötige Kosten für Eisenbahnfahrten usw. zu sparen, empfiehlt es sich, die von der Stadt ausgestellten Bezugscheine nicht persönlich dem zuständigen Landratsamt (im Kreise Wiedenbrück den Herrn Amtmännern) zwecks Genehmigung zu überbringen, sondern durch die Post einzusenden.

Magistrat Bielefeld.

Diejenigen Kriegsbefehlshabenden, welche auf Grund einer Kriegsbefehlshabenden von 50 Prozent und darüber Rente beziehen, erhalten bei der nächsten Ausgabe der Lebensmittelscheine unter Vorlage ihres Rentenbescheides bei ihrer zuständigen Ausgabebehörde für eine Probeperiode 2 Probezusatzmarken und Zusatzmarken für 2 Pfund Nahrungsmittel.

Magistrat Bielefeld.